

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 11.02.2008 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Lux
Stadtrat Schardt (ab 17.30 Uhr, Ziffer 1)
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene (bis 20.05 Uhr, Ziffer 2, G, i)
Stadtrat Jeschke
Stadträtin Sagol (bis 20.05 Uhr, Ziffer 2, G, i)

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat E. Müller
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1)
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

„parteilos“

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner
Amtsrat Teichmann
Dipl. – Ing. Rützel
Frau Heger
Dipl. – Ing. Richter

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister
Stadtrat Haag

Stadtrat Popp
2. Bürgermeisterin Gold

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Beratung der Haushalte 2008 der Stadt und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung für 2007 – 2011)

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht vor der Beratung des Haushaltes 2008 anhand verschiedener Folien ausführlich auf die vorläufige Abwicklung des Haushaltes 2007, das Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms von 2007 bis 2011 sowie den Eckdaten des Verwaltungs- bzw. des Vermögenshaushaltes 2008 ein. Im Folgenden gibt er einen Kurzüberblick zum Investitionsprogramm von 2007 – 2011 und geht exemplarisch auf einige enthaltende Maßnahmen ein. Besonders weist er darauf hin, dass sich die Kosten hinsichtlich des Brandschutzes im Finanzplanungsrest befänden und nach der Erstellung der Prioritätsliste in die jeweiligen Finanzplanungsjahre eingestellt werden können. Er geht auf den Stand der Schulden, den Stand der Rücklagen ein und stellt die Analyse der Finanzsituation bezogen auf die einzelnen Finanzplanungsjahre mit deren Risiken dar. Besonders weist er darauf hin, dass der demographische Vorteil, laut dem die Stadt Kitzingen bis ins Jahr 2011 behandelt wird, als wenn die US-Amerikaner nicht abgezogen worden wären, anschließend wegfallen werde. Nachdem dies einen Umfang von ca. 800.000,00 € hätte, sollte man nur dringend nötige Investitionen tätigen und darüber hinaus versuchen, die Rücklage entsprechend aufzustocken bzw. Schulden zu tilgen.

Nach den Handlungsempfehlungen kommt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer zu folgenden Schlussfeststellungen:

1. Die Finanzlage der Stadt ist geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist gegeben
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2011 ist in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig

Die Folien von Berufsmäßigem Stadtrat Rodamer liegen der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil bei.

2. Beratung des Investitionsprogramm 2008 mit Finanzplanung 2007 – 2011

A. Einzelplan 0

a) 0600.9357 – Ersatzbeschaffung PKW für die Verwaltung

Die FW-Stadtratsfraktion bittet, dass zukünftig die Städtischen PKW ausschließlich mit Erdgasbetankung beschafft werden.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass dies bereits beachtet und soweit möglich und sinnvoll auch umgesetzt werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

b) 0600.9450 – Sanierung des neuen Sitzungssaal

Die FW möchte dargelegt haben, warum die Kosten erheblich über den Kostenansatz liegen.

Die UsW-Fraktion erbittet eine Gesamtübersicht aller Kosten und Auftragserteilungen.

Oberamtsrat Hartner erklärt, dass man in der Sitzung des 21.02.2008 bzw. des 28.02.2008 im Rahmen der Auftragserweiterung darüber detailliert informieren werde, da die Erstellung des Kostenplans bis zu den Haushaltsberatungen nicht möglich war. Er erklärt, dass die Kosten laut Beschluss bei 120.000,00 € gelegen haben und aufgrund der Nachträge sich nun auf 180.000,00 € belaufen. Der wesentliche Grund der Überschreitung liege in der Medientechnik, nachdem diese bei der Kostenberechnung nur geringfügig beachtet wurde. Im Zuge des Umbaus habe die beauftragte Firma viel Nötiges und Sinnvolles angeboten, an das man aufgrund fehlender Kenntnis in diesem Bereich im Vorfeld nicht gedacht hatte. Darüber hinaus war die Deckenkonstruktion erst nach deren Öffnung bekannt.

Die Stadträte äußern im Folgenden ihren Unmut darüber, dass die Verwaltung diesbezüglich von vornherein einen Medienplaner mit ins Boot hätten nehmen müssen, um bei der Kostenberechnung einen entsprechenden Ansatz zu haben. Auch wird der Unmut über die Vorgehensweise geäußert, dass der Finanzausschuss trotz einer 10 %igen Steigerung nicht informiert wurde und die Kostensteigerung nun im Nachhinein beschlossen werden müsse.

Die Ansätze bleiben unverändert.

c) 0600.9634 – Sanierung der WC-Anlagen im Rathaus

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob für die Sanierung der WC Anlagen im Haus 30.000,00 € ausreichend seien.

Dipl. – Ing. Rützel erklärt, dass man sich alle Anlagen angesehen habe und man mit den 30.000,00 € auskommen müsste (ohne Sanierung WC im Altbau; dieses musste in 2007 außerplanmäßig finanziert werden).

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 0 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 1

a) 1191.3400 – Veräußerung Marktstraße 27

Die UsW fordert hinsichtlich der Veräußerung der Marktstraße 27 umfassenden Informationen hinsichtlich möglicher Investoren und möglicher Vorhaben.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass hierfür Angebote vorlägen, aber eine Information und Beratung im nichtöffentlichen Teil erfolgen müsse. Hiermit besteht Einverständnis. Der Ansatz bleibt unverändert.

b) 1191.9410 – Ersatzvornahme Abbruch Marktstraße 27/Grabkirchgasse 17

Die UsW bittet eine ausführliche Kostenaufstellung hinsichtlich der Ersatzvornahme vorzulegen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass sich die Kosten derzeit auf 100.989,00 € belaufen und weitere Informationen im nichtöffentlichen Teil gegeben werden müssten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

c) 1191.9411 – Ersatzvornahme Außensanierung Eisgasse 6

Die FW fragt nach, wo die Zuschüsse zur Außensanierung der Eisgasse 6 veranschlagt seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass die Ausgaben ab dem Haushaltsjahr 2008 bei der Haushaltstelle 8800.9411 und somit auch die Zuschüsse bei 8800.3610 (10.000,00 €, Landesamt für Denkmalpflege), 8800.3620 (27.500,00 €, Bezirk Unterfranken) bzw. bei 8800.3680 (60.000,00 € Direktion für ländliche Entwicklung) veranschlagt seien.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) UA 1300 – Brandschutz; ehem. Feuerwehrgerätehaus Repperndorf

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob bzw. wann der Antrag zur Nutzung des ehem. Feuerwehrgerätehauses durch die Burschenschaft Repperndorf bearbeitet werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die Verwaltung bereits dahingehend geantwortet habe, dass sich die Stadt eine Nachnutzung durch die Burschenschaft vorstellen könnte. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, falls es zu einer Veränderung des Gebäudes kommen sollte, dass man der Burschenschaft sowie der Arbeiterwohlfahrt bei der dann nötigen Raumsuche unterstützend zur Seite stehen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 1 bleiben unverändert.

C. Einzelplan 2

a) 2111.9451 – Sanierungs- und Umgestaltung – Bedarf St. Hedwig-Schule

Die FW sehen einen dringenden Sanierungs- und Neugestaltungsbedarf beim Schulhof der St. Hedwig-Schule und bitten einen entsprechenden Kostenvorschlag vorzulegen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass die Kosten grob auf 80.000,00 € ermittelt wurden und nach der Schulbegehung am 24.01.2008 die Anträge bei der Verwaltung eingehen, die noch berücksichtigt werden müssen. Anhand der Planung können dann die Kosten konkretisiert werden.

Oberamtsrat Hartner erklärt, dass diese Maßnahme sinnvollerweise in 2008 erledigt werden sollte, da in 2009 die Schule 50 jähriges Jubiläum feiere.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt hinsichtlich der Frage, welche Mittel in 2008 eingestellt werden müssten, dass er nicht ohne eine konkrete Planung bzw. Kostenermittlung 80.000,00 € in den Haushalt einstellen könne. Idealerweise werden nach der Planung und der Beschlussfassung bis September 2008 die Mittel in den Haushalt 2009 eingestellt. Falls die Sanierung dennoch unabweisbar im Jahr 2008 umgesetzt werden müsse, wäre dies über eine Haushaltsüberschreitung abzuwickeln.

Hiermit besteht Einverständnis. Ein Ansatz wird nicht aufgenommen (ggf. Abwicklung über Haushaltsüberschreitung).

b) 2111.9359 – Lehrerbücherei St. Hedwig-Schule

Stadträtin Richter fragt nach, weshalb sich die Kostenpauschale für die Lehrerbücherei der St. Hedwig-Schule um 500,00 € erhöht habe.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die Schule bereit war, 500,00 € bei der Haushaltsstelle 2111.9352 zu reduzieren, weshalb der Ansatz bei der Lehrerbücherei erhöht werden konnte.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

c) 2112.9450 – Erweiterung Grundschule Siedlung

Die SPD bittet für die Erweiterung der Grundschule Siedlung entsprechende Planungskosten in 2008 einzustellen, so dass in den Jahren 2009 ff mit dem Umbau begonnen werden könne.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme, laut der die Planungen durch das Bauamt bereits im Jahr 2008, ohne hierfür Kosten einzustellen, erfolgen könnten.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer ergänzt, dass das Bauamt die Kosten derzeit auf 1,1 Mio. € geschätzt habe. Nach den konkreten Planungen und der Zuschussabfrage müsse zunächst der Grundsatzbeschluss im Stadtrat gefasst werden, worauf die Mittel im Jahr 2009 einzustellen seien.

Oberbürgermeister Moser weist hinsichtlich der Ganztagsklassen darauf hin, dass man mit dem Ministerium weiterhin im Gespräch sei, um in Kitzingen gegebenenfalls ein Modellprojekt umzusetzen.

Hiervon wird Kenntnis genommen. Es wird vorläufig kein Ansatz aufgenommen.

d) 2121.9451 – Sanierung D. Paul-Eber-Schule

Die FW bittet hinsichtlich der Sanierung der D. Paul-Eber-Schule einen Bauzeitenplan vorzulegen sowie nochmals über die Schulbusverbindung bzw. den Mietkosten zu informieren.

Die UsW fordert eine Kostenberechnung nach DIN 276.

Oberbürgermeister Moser erklärt hinsichtlich der Mietkosten, dass man hierüber bereits informiert habe und es zu keiner weiteren Einsparung kommen werde.

Oberamtsrat Hartner geht auf die Busverbindung ein und erklärt, dass die Verwaltung aufgrund der Beförderungspflicht von 3 km Kosten in Höhe von 13.000,00 € ermittelt habe.

Stadträtin Wallrapp gibt hinsichtlich der Beförderungspflicht von 3 km zu Bedenken, dass der Schulweg in die Kaserne zu gefährlich sei und man deshalb eine Beförderung, die über die gesetzliche Pflicht hinausgeht, umsetzen sollte.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Verwaltung den Schulweg nicht für gefährlich halte, da der Gehweg die ausreichende Breite habe und der Überweg mit einer Ampelanlage geregelt sei.

Hinsichtlich der Kostenberechnung weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass diese gegenwärtig erstellt werde. Erst wenn Klarheit über die Heizungsanlage bestehe können die Kosten abschließend beziffert werden.

Dipl. – Ing. Rützel ergänzt, dass nach Fertigstellung der Kostenberechnung diese dem Gremium übermittelt werde.

- e) 2122.9450 – Brandschutz Hauptschule Siedlung
2140.9450 – Brandschutz Schulsportanlage Deusterpark
2141.9450 – Brandschutz Schulsportanlage Siedlungsschule

Die UsW erbittet eine Aufstellung für die Leistungen der Brandschutzmaßnahmen. Darüber hinaus sollen die Baukosten für den Brandschutz in der Schulsportanlage der Siedlungsschule in 2009 eingestellt werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt hinsichtlich des weiteren Vorgehens in Sachen Brandschutz, dass die Brandschutznachweise im Jahr 2008 fertig gestellt und geprüft werden hierfür bei den entsprechenden Haushaltsstellen die Abwicklung über Haushaltsausgabereise erfolge. Danach werde eine Prioritätenliste erstellt und die Mittel für die Umsetzung des Brandschutzes, die derzeit lediglich grob geschätzt seien, ab dem Jahr 2009 vom Finanzplanungsrest auf die jeweiligen Haushaltsjahre vorgezogen.

Er erklärt, dass dies auch bei allen anderen Punkten bezüglich des Brandschutzes gelte.

Hinsichtlich der Aufstellung des Brandschutznachweises in der Hauptschule Siedlung fragt Stadtrat Schmidt nach, was davon bereits erledigt sei, da die Maßnahme weitgehend abgeschlossen ist.

Dipl. – Ing. Rützel erklärt, dass viele Punkte bereits abgearbeitet seien, jedoch man bei manchen Punkten in Absprache mit dem Ersteller des Brandschutznachweises nach kostengünstigeren Alternativen suche und geht dabei exemplarisch auf die separaten Treppenhäuser für die Schulklassen ein.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

- f) 2122.9452 – Hauptschule Siedlung, Speisesaal, Nebenräume

Die UsW fordert eine Kostenberechnung nach DIN 276

Die Stellungnahme des Bauamts, dass die Maßnahme bereits abgeschlossen sei, derzeit schlussgerechnet und im Anschluss der Verwendungsnachweis erstellt werde, wird zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Müller fragt hinsichtlich der Kosten in Höhe von 162.000,00 € und den Zuschüssen in Höhe von 180.000,00 € nach, ob der Unterschied mit dem Brandschutz zu begründen wäre.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verweist darauf, dass zu den 162.000,00 € die Kosten für die Einrichtung mit rund 33.000,00 € hinzugezählt werden müsste. Dennoch sei die Förderung hierfür bei nahezu 100 %.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- g) 2431.9356 – Schulausstattung Friedrich-Bernbeck-Schule
Ersatzbeschaffung von 52 Schülerstühlen

Stadträtin Sagol fragt hinsichtlich der Ersatzbeschaffung von 52 Schülerstühlen in Höhe von insgesamt 5.700,00 € nach, ob es hierfür auch eine günstigere Alternative gebe.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die Schule Mittel in Höhe von 110,00 € pro Stuhl angemeldet habe, worauf Oberbürgermeister Moser ergänzt, dass dies Fachstühle für den EDV-Bereich seien und deshalb gewisse Voraussetzungen haben müssten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

h) 2431.9450 – Brandschutz Friedrich-Bernbeck-Schule

Die FW fordert eine dringende Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule. Dabei soll das „Nötigste“ geplant und die Mittel eingestellt werden.

Die UsW bittet die Brandschutzmaßnahmen mit der beabsichtigten Instandsetzung zusammenzuschließen.

Oberbürgermeister Moser erläutert, dass für 2008 die Unterhaltsaufwendungen (Schönheitsreparaturen und Akustikmaßnahmen) im Verwaltungshaushalt mit 10.000,00 € vorgesehen seien. Die nötigen Untersuchungen für weitergehende Maßnahmen werden im Jahr 2008 getätigt, so dass nach Erstellung des Konzepts und Vorbereitung der Zuschussunterlagen die Maßnahme im Jahr 2009 ff. erfolgen könnte.

Hinsichtlich des Brandschutzes verweist Oberbürgermeister Moser auf die Prioritätenliste, die nach Fertigstellung und Prüfung der Brandschutznachweise erstellt werde. Die Unterhaltsarbeiten und die Brandschutzarbeiten werden dann selbstverständlich aufeinander abgestimmt.

Stadträtin Wallrapp fragt bezüglich der Instandsetzung der Friedrich-Bernbeck-Schule nach, ob hierfür das Förderprogramm zur energetischen Sanierung von Schulen, das vom Bayerischen Gemeindetag empfohlen werde, hergenommen werden könnte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass zurzeit nur ein Gesetzesentwurf bestehe und die Ausführungsbestimmungen noch nicht erschienen seien, man dies jedoch beachten werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

D. Einzelplan 3

- a) 3009.9450 – Brandschutz Alte Synagoge
- 3501.9450 – Brandschutz Volkshochschule
- 3521.9450 – Brandschutz Stadtbücherei
- 3651.9450 – Brandschutz Falterturm
- 3651.9452 – Brandschutz Deusterturm
- 3651.9453 – Brandschutz Marktturm

Oberbürgermeister Moser verweist bezüglich der Anfragen der UsW-Fraktion auf die Stellungnahme von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer, dass nach der Erstellung der

Prioritätenliste die Mittel vom Finanzplanungsrest auf die jeweiligen Haushaltsjahre vorgezogen werden können.

b) 3200.9350 – Arbeitsplatz Kassenbereich Städtisches Museum

Stadträtin Richter fragt hinsichtlich der Ersatzbeschaffung des Arbeitsplatzes beim Kassenbereich nach, ob dies bei der Planung versäumt wurde oder das Bestehende bereits ersetzt werden müsse.

Oberamtsrat Hartner erklärt, dass aufgrund der Beschlussfassung hinsichtlich der Zusammenlegung des Verwaltungs- und des Kassendienstes die Mitarbeiterin alle Aufgaben von der Kasse aus erledigen muss. Nachdem hierfür der Platz nicht ausgelegt sei, muss er bildschirmgerecht ausgestattet werden. Aufgrund der Beschlussfassung konnte dies nicht bei der Planung im Vorfeld bedacht werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

c) 3651.9588 – Gestaltung Mainpartie von Synagoge bis Evang. Dekanat

Die CSU bittet die im Eigentum der Stadt stehenden Behelfsbauten in der Schrankenstraße abzureißen. Darüber hinaus sollten die Parkplätze bis zur Umgestaltung des Gesamtkonzeptes provisorisch nutzbar sein.

Die FW möchte die Zuschüsse sowie die Kostenbeteiligung der Bürger abgeklärt haben.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass die veranschlagten Mittel in 2008 in Höhe von 200.000,00 € auch für den Abriss der Behelfsbauten ausreichen sollten. Gleichwohl werde man abklären, inwieweit hierfür eine separate Bezuschussung erfolgen kann, oder ob diese Kosten im Gesamtzuschussantrag enthalten sein müssen.

Die Zuschussfrage sowie die Anliegerbeiträge lassen sich aber erst abschließend klären, wenn die Vorplanung abgeschlossen ist.

In diesem Zusammenhang bezieht sich Stadtrat Schmidt auf die Vorstellung der Umgestaltung im Stadtrat am 31.01.2008 und erklärt, dass die UsW der geänderten Verkehrsführung nicht zustimmen könne.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Absprache im Workshop dahingehend lautete, dass die Alte Burgstraße verkehrsberuhigt, jedoch nicht gänzlich für den Durchgangsverkehr gesperrt werde. Im Übrigen sei es keine Beschlussfassung gewesen sondern ein Rahmenkonzept, das in der weiteren Planung erst konkretisiert und anschließend beschlossen werden müsste.

Stadtrat Müller stellt fest, dass in der Schrankenstraße Parkplätze geschaffen werden müssen und gibt zu Bedenken, dass man für die Übergangszeit Parkplätze beithalten sollte, wofür Kosten eingestellt werden sollten.

Stadtrat Weiglein erklärt, dass man diesen Umstand mit der kostenlosen Bereitstellung der Parkgarage am Main verbessern könnte. Dies wurde auch von Herrn Grüner von der Regierung von Unterfranken angeregt. Er bittet um Prüfung, wie dies umgesetzt werden könnte.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

d) 3700.9880 – Investitionszuschüsse an Kirchen

Stadträtin Sagol fragt hinsichtlich der Renovierung der Friedhofskanzel in Sickershausen nach, wo die Kosten hierfür eingestellt seien.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass aufgrund eines Ortstermins der Sanierungsumfang noch abgeklärt werde. Außerdem sei auch mit Mitteln von weiteren Zuschussgebern zu rechnen. Erst wenn diese Fragen alle abgeklärt seien, könne über einen städtischen Zuschuss entschieden werden. Dies könne ggf. aus dem Ansatz 2008 finanziert werden.

sei und man daher keine Mittel in den Haushalt 2008 einstellen müsse.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

Die übrigen Mittel im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

E. Einzelplan 4

a) 4351.9451 – Schlichtwohnungen; Wohnungen für Obdachlose

Die SPD bittet, dass hierbei ebenfalls die Kosten für die Verlagerung von Schlichtwohnungen aus dem derzeitigen Bereich in geeignete Innenstadtbauwerke berücksichtigt werden.

Die FW möchte die Sanierung zurückgestellt haben und bittet um Prüfung, ob ein Gebäude im Notwohngebiet abgerissen werden könnte, bzw. ob leer stehende städt. Wohnungen genutzt werden könnten.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung und erklärt, dass diese Maßnahme auch im Rahmen von „Soziale Stadt“ umgesetzt werden könnte. Hinsichtlich der kurzfristigen Belegung von städtischen Wohnungen erklärt er, dass dies ein äußerst sensibles Thema sei und die Bau GmbH sich diesbezüglich Gedanken mache.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

b) 4605.9589 – Spielplatz Etwashausen

Die FW möchte die Kosten ins Jahr 2009/2010 vorgezogen haben, damit der Spielplatz in 2010 auch mit Blick auf „Natur in Kitzingen 2011“ umgesetzt werden sollte. Darüber hinaus sollte man dort einen generationsübergreifenden Spielplatz planen.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Kosten beschlussmäßig im Jahr 2010 eingestellt seien, damit der Spielplatz im Rahmen der Kleinen Gartenschau fertig gestellt werden kann. Im Vorfeld müsse die Standort- und Grundstücksfrage geklärt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

c) 4608.9350 – Ersatzbeschaffungen von Spielgeräten

4608.9589 – Einstellung von Investitionskosten für Seniorenspielplätze

Die FW möchte, dass bei allen neu zuschaffenden Spielflächen bzw. bei Ersatzbeschaffungen grundsätzlich eine generationsübergreifende Ausstattung berücksichtigt werde.

Oberbürgermeister Moser Bauhof bzw. die Gärtnerei ermitteln im Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 31.01.2008 im Laufe des Jahres 2008 den Bedarf und die Kosten für Mehrgenerationsspielflächen. Nach einer Entscheidung im Stadtrat werden die Mittel in den Haushalt 2009 aufgenommen. Die Umsetzung der Spielflächen im Buddental (6346.9501) und Hammerstiel (6339.9501) erfolgt im Jahr 2008.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- d) 4640.9450 – Brandschutz Kindergarten Siedlung (AWO)
4642.9450 – Brandschutz Kindergrippe Eichamt
4643.9451 – Brandschutz Kindergarten Hohenfeld
4644.9452 – Brandschutz Kindergarten Alemannenstraße

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- e) 4645.9450 – Einstellung von Planungskosten Hort Siedlung

Die SPD bittet für die Planung eines Horts in der Siedlung die entsprechenden Kosten einzustellen.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme, wonach in 2008 zunächst über den Standort Gedanken gemacht werden sollte. Anschließend könne die Planung und die Kostenermittlung durch das Bauamt erfolgen, wofür keine Kosten anfallen. Im Anschluss müsse der Zuschussantrag in Abstimmung mit der Sozialen Stadt erfolgen. Bei entsprechender Mehrheitsentscheidung des Stadtrates können die Kosten ab 2009 ff. in den Investitionsplan eingestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- f) 4646.9451 – Brandschutz Kindergarten Sickershausen
4647.9450 – Brandschutz Kindergarten Repperndorf
4648.9450 – Brandschutz Kindergarten Hoheim
4649.9450 – Brandschutz Kindergarten Etwashausen

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer, dass nach der Erstellung der Prioritätsliste die Mittel vom Finanzplanungsrest auf die jeweiligen Haushaltsjahre vorgezogen werden können. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

Oberbürgermeister Moser unterbricht die öffentliche Sitzung von 18.55 bis 19.05 Uhr.

a) 5500.9880 – Bolzplatz nach DFB-Modell

Die FW fragt hinsichtlich des Bolzplatzes nach dem DFB-Modell nach, wo die Zuschüsse hierzu veranschlagt werden.

Auf die Stellungnahme von der Verwaltung wird verwiesen.

Stadtrat Müller ergänzt, dass die Stadt Kitzingen nicht berücksichtigt werden konnte und nun als möglicher Nachrücker vorgemerkt wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

b) 5601.9359 – Sportanlage Etwashausen

Stadträtin Stocker fragt nach, ob man beim Ballfangzaun an der Sportanlage Etwashausen eine Tür integrieren könnte, damit die Kinder nicht ständig den Weg über den Zaun suchen und diesen beschädigen.

Oberbürgermeister Moser sagt eine Prüfung zu. Die Realisierung erfolge ggf. außerplanmäßig.

c) 5601.9450 – Brandschutz Sportanlage Etwashausen
56519450 – Brandschutz Florian-Geyer-Halle
5652.9451 – Brandschutz Dreifachturnhalle Sickergrund

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer, dass nach der Erstellung der Prioritätsliste die Mittel vom Finanzplanungsrest auf die jeweiligen Haushaltsjahre vorgezogen werden können.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 5800.9581 – Errichtung einer gemauerten Feuerstelle am Grillplatz Repperndorf

Die FW fragt nach der Möglichkeit in Repperndorf eine gemauerte Feuerstelle am Grillplatz zu errichten.

Laut Oberbürgermeister Moser wird der Bauhof die Möglichkeit prüfen und die Kosten ermitteln, wonach der Stadtrat eine Entscheidung treffen könne.

Hiermit besteht Einverständnis. Mittel werden vorläufig nicht eingestellt.

e) 5800.9581 – Errichtung von Häckselsplätzen

Die UsW beantragt die Errichtung eines Häckselplatzes in Repperndorf

Die FW beantragt die Errichtung von Häckselplätzen in allen Stadtteilen.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme, wonach zunächst die Grundsatzfrage geklärt werden müsse, ob in allen Ortsteilen ein Häckselplatz entstehen solle und in welchem Umfang dies geschehe. Im Anschluss daran müsse man geeignete Grundstücke finden und eine Kostenrechnung erstellen, wonach die Mittel in den Haushalt 2009 eingestellt werden könnten.

Stadträtin Richter erklärt, dass in 32 Landkreisgemeinden ein Häckselplatz sei und Repperndorf den weitesten Weg ins Klosterfort hätte. Sie plädiert für die Errichtung eines Häckselplatzes.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass auch die Hohenfelder einen weiten Weg bis ins Klosterforst hätten und man deshalb alle Ortsteile gleich behandeln und überall ein Häckselplatz errichten sollte.

Oberbürgermeister Moser verweist nochmals auf die Stellungnahme, sagt aber zu, diesbezüglich die Vorbereitungen zu treffen, damit der Stadtrat eine Entscheidung fällen könne.

Mittel werden vorläufig nicht eingestellt.

f) 5900.9581 – Kleine Landesgartenschau, Natur in der Stadt

Die SPD bittet den Hadla-Tempel für „Natur in der Stadt“ wieder zu errichten.

Die Stellungnahme der Verwaltung (Besprechung im Aufsichtsrat „Natur in der Stadt“ Standortfrage, Kostenermittlung, Zuschussfrage evtl. Abwicklung über Gesellschaft zur Durchführung der Kleine Gartenschau) wird zur Kenntnis genommen.

Die übrigen Mittel im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

G. Einzelplan 6

a) 6101.9590 – Allgemeine Gutachten zur Planung Altstadtsanierung

Die SPD möchte Mittel zur Erstellung eines Gutachtens, damit die Innenstadt in das Programm „Sozial Stadt“ einbezogen werden kann, in den Haushalt eingestellt haben.

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ergänzt, dass es auch die Möglichkeit gebe, den Wohnraum in der Innenstadt aufzuwerten. Seiner Auffassung nach, könne man durch die Sanierung des 1. und 2. Stocks die Wohnqualität steigern und somit die Innenstadt insgesamt aufbessern. Er habe sich gewundert, dass dieser Bereich nicht beim ISEK berücksichtigt werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass hierfür ebenfalls eine Situationsanalyse erstellt werden müsse, wonach im Anschluss zu prüfen wäre, ob dieser Bereich in die „Soziale Stadt“ eingebunden werden könne.

Stadtrat Müller gibt zu Bedenken, dass man die Innenstadt mit der Sanierung der Mainpromenade, der Umgestaltung der Schrankenstraße ohnehin aufwerte und auch weitere Anstrengungen der Stadt zur einer Aufwertung führen könnten. Nachdem die Mittel von „Soziale Stadt“ nicht unerschöpflich seien und das Hauptaugenmerk hierbei auf die Siedlung gelegt werden sollte, spricht er sich gegen die Einstellung der Mittel aus.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass man zunächst prüfen werde, inwieweit die Ausweitung des Programms „Soziale Stadt“ auf die Innenstadt möglich sei und anschließend eine Information an den Stadtrat erfolge.

b) 6101.9591 – Altstadtsanierung, Voruntersuchung Passage Herrnstraße/Kaiserstraße

Die CSU bittet für die Voruntersuchungen einer Passage zwischen Herrnstraße und Kaiserstraße Mittel in Höhe von 10.000,00 € einzustellen.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass nach einer positiven Beschlussfassung im Gremium die Mittel für die Voruntersuchungen erst in 2009 eingestellt werden müssen. Voraussetzung müsse dabei sein, dass eine geeignete „Durchstichmöglichkeit“ und ein Investor vorhanden sei.

Die Stadträte erklären sich damit einverstanden, befürworten gleichwohl den Vorschlag der Passage zwischen Herrnstraße und Kaiserstraße.

c) 6300.9422 – Sanierung von Buswartehäuschen

Die FW möchte zur Umsetzung des Buswartehäuschens in Etwashausen die entsprechenden Mittel eingestellt haben.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass laut ihren Unterlagen nach Fertigstellung der Dorf-erneuerung auch die Umsetzung der Bushaltestelle zugesagt wurde und bittet, dass man sich dem im Jahr 2008 annehme.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass man bereits in der Sitzung des 31.01.2008 darüber informiert habe und am 13.02.2008 ein Termin mit allen Beteiligten stattfinden werde. Die Durchführung könnte im Jahr 2008 mittels Haushaltsüberschreitung abgewickelt werden.

Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

d) 6300.9424 – Errichtung weiterer Buswartehäuschen in Hoheim

Die FW bittet um Überprüfung, ob in Hoheim eine weitere Bushaltestelle errichtet werden könnte.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass diese Anregung bereits geprüft und von der Verwaltung verworfen wurde. Er sagt zu, den Bedarf nochmals zu prüfen, wonach bei einer positiven Beschlussfassung die Kosten in den Haushalt 2009 eingestellt werden könnten.

Hiermit besteht Einverständnis.

In diesem Zusammenhang fragt Stadtrat Müller nach, wann die beschlossene Sanierung der Buswartehäuschen entlang der B 8 erfolge. (Hst. 6300.9422)

Dipl. – Ing. Richter erklärt, dass die Stadt den Zuschussantrag verbunden mit einem frühzeitigen Baubeginn gestellt habe, welcher für Mai angedeutet wurde. Nun werde man die Sanierung vorbereiten.

e) 6300.9501 – Errichtung von Park und Ride Anlagen

Die FW bittet ein offenes Parkdeck im nördlichen Bereich des Bahnhofsgeländes zu überdenken.

Die UsW bittet ebenfalls um Errichtung eines Parkdecks für die P+R Anlage über dem Busbahnhof.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass eine entsprechende Grobplanung mit Kostenschätzung durch das Büro arc.grün in Abstimmung mit dem Bauamt erfolgen werde. Die Mittel für das Jahr 2009 müssten dann ggf. überarbeitet werden. Eine Deckung der Mehrausgaben wäre lediglich über höhere Kreditaufnahmen abzudecken.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass die Grobplanung bereits in Arbeit sei und nach der Fertigstellung der Stadtrat informiert werde.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt zu Bedenken, dass mit dem Parkdeck zusätzliche Kosten anfallen, die im Rahmen der P+R Plätze nicht gefördert werden (Pauschalförderung).

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

- f) 6300.9502 – Umgestaltung Bahnhofsvorplatz
6300.9503 – Rückbau und Altlastenbeseitigung Bahnhofsumfeld

Stadtrat Müller fragt nach, ob die Einnahme in Höhe von 42.000,00 € bei Hst. 6300.3590 die Beteiligung der Deutschen Bahn sei. Weiter fragt er nach, ob bezüglich der Hst. 6300.9502 auch mit Anliegerbeiträgen durch die Deutsche Bahn zu rechnen sei.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass im Kaufvertrag mit der Deutschen Bahn der Betrag in Höhe von 42.000,00 € als Beteiligung für die Altlasten festgelegt wurde.

Hinsichtlich der Anliegerbeiträge macht Rechtsrätin Schmöger deutlich, dass die Bahn grundsätzlich nicht anders behandelt werde als eine Privatperson. Die Flächen, auf denen die Bahn Schienen habe, seien nicht Beitragspflichtig, weil dabei ein Erschließungsvorteil fehle. Alle weiteren Grundstücke (Parkplätze usw.) müssten für sich betrachtet werden. Hinsichtlich des Bahnhofsvorplatzes weist sie darauf hin, dass aufgrund des Negativzeugnisses des Landratsamtes der Platz nicht als Erschließungsanlage anzusehen sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- g) 6309.9501 – Nordtangente, Baukosten für Weiterführung

Die CSU bittet, die Weiterführung der Nordtangente zügig voranzutreiben.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahmen wonach der Fortsetzungsmaßnahme „Nordtangente“ absolute Priorität eingeräumt und diese vorrangig beendet und abfinanziert werde.

Stadtrat Straßberger stellt fest, dass die Unterführung fertig gestellt sei und fragt nach, wann es an dieser Stelle weitergehe.

Dipl. – Ing. Richter weist darauf hin, dass die Ausschreibung des Büros Meier abgeschlossen sei und man nun eruiere, wo die abzutragenden Massen hingeschafft werden.

Stadtrat Straßberger äußert seinen Unmut, da dieser Umstand sehr lange bekannt war und nun sich deshalb die Fortführung verzögere.

- h) 6318.9501 – Wasserlauf Nordunterführung an der B 8, Repperndorf

Die FW bittet bei der Nordunterführung an der B 8 in Repperndorf die Fassung der Abläufe und die Ableitung zu überprüfen und hierfür ggf. Mittel in den Haushalt 2008 einzustellen.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass der Bauhof im Jahr 2008 prüfen werde, welche Möglichkeiten der Abhilfe bestünden und welche Kosten hierfür anfallen würden. Im Jahr 2009 könnten ggf. Mittel hierfür eingestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- i) 6321.9501 – Geh- und Radweg nach Albertshofen

Die FW erbittet einen Bericht hinsichtlich der Gespräche mit der Gemeinde Albertshofen. Darüber hinaus sollte der Anteil der Stadt Kitzingen in den Haushalt eingestellt werden.

Die UsW bittet die erforderlichen Mittel für die Fahrradweg nach Albertshofen in den Haushalt 2009/2010 einzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht im Folgenden auf den Beschlussentwurf ein und erklärt, dass man zwei Alternativen zur Kosteneinsparung geprüft habe, zum Einen eine wassergebundene Decke anstatt einer bituminösen Oberfläche, die jedoch nicht förderfähig sei und zum Anderen den Verzicht auf die Mehrbreite für den Wirtschaftsweg, wobei sich die Kosten um 18.500,00 € verringern würden. Die Verwaltung sehe keine weitere Möglichkeit der Kosteneinsparung und schlägt deshalb die Alternative hinsichtlich der Reduzierung der Wegbreite vor.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über den Radweg und bringen dabei die Argumente dafür und dagegen vor. Grundsätzlich könnte man sich für den Radweg aussprechen, jedoch erscheinen die Kosten hierfür zu überhöht.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass im zweiten Teil der Haushaltsberatungen hierüber nochmals diskutiert werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

j) 6321.9503 – Ausbau Geh- und Radweg am Dreistock

Die SPD möchte den Radweg am Dreistock (zwischen Einmündung Firma Huppmann und Firma Brumme) ausgebaut haben.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass im Jahr 2008 zunächst die Grunderwerbsprüfung, die Planung sowie die Kostenermittlung durch das Bauamt erforderlich sei, worauf bei positiver Beschlussfassung und bei Prüfung der Zuschussfähigkeit ggf. ab 2009 die Mittel in den Investitionsplan eingestellt werden könnten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

k) 6322.9502 – Baugebiet Deuster-Areal, Straßenerschließung
6322.9503 – Baugebiet Deuster-Areal, Lärmschutz
6322.9580 – Baugebiet Deuster Areal, Sanierung der Schächte

Die KIK bittet die Verhandlungen zur Errichtung von Einkaufsmärkten auf dem Deustergelände einzustellen.

Die FW bittet alle Punkte in Sachen Deuster-Areal (Straßenerschließung, Lärmschutz, Sanierung Schächte im Baubereich usw.) auf das Jahr 2009 zurückzustellen.

Die UsW möchte den Kostenansatz für die Straßenerschließung Deuster-Areal halbiert haben. Zudem sollte der Kostenansatz für den Lärmschutz gestrichen werden. Weiter möchte die UsW die Sanierung der Schächte im Baubereich erläutert haben.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahmen und erklärt, dass zum Sachstand im nichtöffentlichen Teil eine Information erfolgen werde.

Stadtrat Schmidt erklärt hinsichtlich der Straßenerschließung, dass man die Kosten halbieren sollte, nachdem diese auf die Wohnbaunutzung ausgelegt seien und der Stadtrat aufgrund der Entscheidung Stetter davon abgekommen ist. Gleiches gelte für den Kostenansatz Lärmschutz.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass diese Mittel auf der Ausgabeseite sicherheitshalber eingestellt seien, falls die Entwicklung in Richtung Wohnbau gehe. Im Übrigen werde dies durch die Einstellung der Erschließungsbeiträge wieder nahezu ausgeglichen. Nachdem die derzeitige Beschlussfassung (Bebauungsplan) die Wohnbebauung vorsehe, müssten auch die entsprechenden Kosten in den Haushalt eingestellt werden.

Stadtrat Schmidt erklärt, dass laut Beschlusslage des Stadtrats das Gebiet für Stetter und dessen Konzept freizuhalten sei und wundert sich, dass dennoch auf den bestehenden Bebauungsplan verwiesen werde.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Absichtserklärung handle und der Stadtrat die Flächen noch nicht an Stetter vergeben bzw. noch keine bauplanerischen Vorarbeiten geleistet habe. Weitere Informationen wären im nichtöffentlichen Teil zu erläutern.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

l) 6323.9501 – Ansiedlung Firma Netto

Die FW möchte die Straßenführung in Sachen „Netto“ aufgrund des überhöhten Verkehrsaufkommens überprüft haben und befürworten eine Kreisverkehrlösung. Hierfür sind die entsprechenden Mittel einzustellen.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass der Kreisverkehr im Rahmen des Verfahrens geprüft wurde und aufgrund der aktuellsten Verkehrszählung das Straßenbauamt die Ampellösung befürwortet.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß ergänzt, dass ein möglicher Kreisverkehr mit dem Straßenbauamt als Baulastträger besprochen wurde, dieser jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt werde. Im Übrigen würde man durch die jetzige Änderung eine erhebliche Zeitverzögerung erhalten.

Im Folgenden wird der Unmut geäußert, dass ein Kreisverkehr an dieser Stelle aufgrund der Verkehrsflüsse geeigneter und aufgrund der örtlichen Gegebenheiten auch leicht umzusetzen wäre.

Stadtrat Schardt gibt zu Bedenken, dass es mit einer Ampelanlage zu erheblichen Rückstauungen kommen werde und deshalb man nochmals mit dem Straßenbauamt die Kreisverkehrlösung diskutieren sollte.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass es dann zu Verzögerungen kommen und der Kreisverkehr vom Baulastträger abgelehnt werde, da die Verkehrsflüsse weiterhin gegeben seien.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

m) 6339.9501 – Spielplatz Baugebiet Hammerstiel
6346.9501 – Spielplatz Baugebiet Buddental

Die FW-Stadtratsfraktion bittet für die Umsetzung von Mehrgenerationenspielplätzen im den Baugebieten Hammerstiel und Buddental die entsprechenden Kosten einzustellen.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass dies bereits mit Beschluss vom 31.01.2008 erledigt sei. Die Mittel seien eingestellt.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

n) 6402.9505 – Straßenumbau Friedrich-Ebert-Straße

Die CSU fragt nach, ob beim Haushaltsansatz 2008 in Höhe von 550.000,00 € auch die Kosten für die Neuanpflanzung der Allee-Bäume sowie der Mehraufwand für den fahrradfreundlichen Ausbau berücksichtigt sind.

Die FW erklärt, dass man der vorgelegten Straßenführung der Friedrich-Ebert-Straße nicht zustimmen könnte und diese nochmals überdacht werden müsste.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme und erklärt, dass die Kosten für die Bäume sowie dem fahrradfreundlichen Ausbau berücksichtigt seien. Weiter macht er deutlich, dass die Straßenführung vom Büro arc.grün und dem Stadtbauamt überprüft werde, wovon man dem Stadtrat in Kenntnis setzen werde. Die Mittel bei gegebenen Änderungen werden dann im Haushalt 2009 eingestellt.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

o) 6453.9501 – Geh- und Radwege im Stadtgebiet

Die CSU bittet das bereits begonnene Radwegkonzept weiterzuführen und für die Umsetzung den Ansatz von 5.000,00 € auf 25.000,00 € zu erhöhen.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass neue Geh- und Radwege, die im Zusammenhang mit Straßenneubauten errichtet werden, bei der jeweiligen Straßenbaumaßnahme veranschlagt werden. Bei der Haushaltstelle 6453.9501 werden die Mittel veranschlagt, wenn Geh- und Radwege separat ausgebessert oder errichtet werden. Nachdem man zunächst die Planungen für zusätzliche Geh- und Radweg anstellen müsse, reichen 5.000,00 € als Haushaltsansatz aus.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

p) 6501.9502 – Anprallschutz Alte Mainbrücke

Die FW fragt bezüglich des Anprallschutzes nach, wann der Baubeginn sei und welcher Kostenanteil bei der Stadt liege.

Oberbürgermeister Moser verweist auf die Stellungnahme und erklärt, dass der Kostenanteil der Stadt im Investitionsplan 2010 mit 500.000,00 € eingestellt sei. Mit einem Baubeginn werde in 2010 gerechnet.

Stadtrat Schardt bittet hinsichtlich des Baubeginns um Beachtung, nicht dass dieser im Jahr 2011 zusammen mit der Kleinen Landesgartenschau stattfindet.

Oberbürgermeister Moser erklärt, dass man darauf hinwirken werde, den Baubeginn sowie die Baudurchführung möglichst vor der Kleinen Landesgartenschau zu legen.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Ansätze bleiben unverändert.

q) 6709.9582 – Erweiterung und Erneuerung Straßenbeleuchtung
6709.9583 – Straßenbeleuchtung entlang der B 8

Die UsW möchte die Mittel für die Straßenbeleuchtung halbiert haben. Die Maßnahme ist detailliert zu erläutern. Weiter sind die Kosten für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung entlang der B 8 zu detaillieren.

Die CSU fragt nach, ob die Erneuerung der Straßenbeleuchtung entlang der B 8 nötig sei. Bei den Beleuchtungsmasten ist eine Ausführung zu wählen, die zum Gesamtkonzept der Möblierung passt.

Die Stellungnahme der Verwaltung, dass die Masten entlang der B 8 aufgrund einer Standsicherheitsprüfung und aufgrund des Alters ausgetaucht werden müssen, wird zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus werde man bei der Gestaltung auf das Gesamtkonzept der Stadtmöblierung achten.

Stadtrat Straßberger bittet um Prüfung, ob bei zukünftigen Auswechslungsarbeiten Beleuchtungsmasten mit Photovoltaiktechnik verwendet werden könnte, so wie es bereits bei anderen Kommunen gehandhabt werde.

Oberbürgermeister Moser sagt einer Prüfung zu. Die Mittel bleiben unverändert.

r) 6801.9359 – Ersatzbeschaffung Parkscheinautomaten

Stadträtin Wallrapp bittet hinsichtlich der Parkscheinautomaten, dass diese bezüglich der Kostenaufteilung (Parkdauer im 5 Ct.-Schritt) besser beschriftet werden, da dies den meisten Bürgern nicht bekannt sei bzw. falsch aufgefasst werde.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.45 Uhr.

gez.

Oberbürgermeister

gez.

Protokollführer

Vorlagebericht

zum Haushaltsentwurf 2008 mit Finanzplanung

- 1) Vorläufige Abwicklung des Haushalts 2007 (Grobschätzung)
- 2) Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms von 2007 bis 2011
- 3) Allgemeines zum Haushalt 2008 (mit Eckdaten, Zuführung)
- 4) Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2007 - 2011
- 5) Stand der Schulden, Entwicklung bis 2011
- 6) Stand der Rücklagen, Entwicklung bis 2011
- 7) Analyse der Finanzsituation
- 8) Handlungsempfehlung
- 9) Schlussfeststellungen

Kitzingen, 11.02.2008

Vorläufige Abwicklung des Haushalts 2007 (Grobschätzung)

1) Prognose 2007

- war verhalten positiv
- kurzzeitige Verbesserung der Finanzlage:
Zuführung 5,06 Mio. €
Freie Finanzspanne 3,09 Mio. €
- bedingt durch überdurchschnittliche Schlüsselzuweisungen des Staats (4,84 Mio. €) und erträgliche Kreisumlage (6,94 Mio. €)
- stabilisierte Gewerbesteuerprognose (Ansatz 7 Mio. € aufgrund von Nachholungen)

2) Bisheriges Ergebnis 2007

- bestätigt den verhalten positiven Eindruck
- Prognosen zu Finanzhilfen und Kreisumlage sind eingetroffen
- Prognose zur Zuführung wird sich verbessern auf ca. 9 Mio. € (rd. 4 Mio. € Mehrgang)
- Freie Finanzspanne wird sich verbessern auf rd. 7 Mio. €
- Gewerbesteuer rd. 11,6 Mio. € (rd. 3,2 Mio. € Nettomehrung)
- Bauverzögerungen schonten die Mittel des Vermögenshaushalts (Nordtangente, D. Paul-Eber-Schule)
- überplanmäßige Bayerngrundrückzahlung von 1 Mio. € erfolgt
- Kassenlage ist ab Mai 2007 entspannt. Es konnten ab diesem Zeitpunkt Kassenfestgelder angelegt werden

Fazit

- gutes Ergebnis durch Gewerbesteuer-Nachholungen und Ausgabenverschiebungen
- die Gewerbesteuerentwicklung hält leider nicht an
- die Einsparungen im Vermögenshaushalt sind leider nur "Verschiebungen"
- im Jahre 2007 schlägt der Abzug der Amerikaner negativ durch (über Gewinn Stadtbetriebe und bei den Kanalbenutzungsgebühren)
in 2008 relativiert sich das Ergebnis (Verminderung Gewerbesteuer, Anstieg Kreisumlage)

Empfehlung

- Verwendung der Mehreinnahmen 2007 zur weiteren Haushaltskonsolidierung
- Aufstockung der Rücklage in 2007
- Verzicht auf Kreditaufnahmen in 2007 (HER 1 Mio. € in Abgang)

Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms
von 2007 bis 2011

Verwaltungshaushalte 2007 bis 2011

Entwurf 2008	37.463.435 €
Jahre 2007, 2009-2011	<u>149.243.722 €</u>
FiP-Zeitraum 2007 bis 2011	<u>186.707.157 €</u>

Vermögenshaushalte 2007 bis 2011

Entwurf 2008	20.550.200 €
Jahre 2007, 2009-2011	<u>53.812.300 €</u>
FiP-Zeitraum 2007 bis 2011	<u>74.362.500 €</u>

Insgesamt

Verwaltungshaushalte 2007 - 2011	186.707.157 €
Vermögenshaushalte 2007 - 2011	<u>74.362.500 €</u>
Finanzvolumen insgesamt	<u>261.069.657 €</u>

Nachrichtlich

Investitionskosten ab 2012 ff	<u>6.523.500 €</u>
-------------------------------	--------------------

Mit diesem Volumen ist die Grenze des finanziell Machbaren erreicht.

Allgemeines zum Haushalt 2008

1) Volumen

	<u>Verwaltungshaushalt</u>	<u>Vermögenshaushalt</u>	<u>insgesamt</u>
2008	37.463.435 €	20.550.200 €	58.013.635 €
2007	38.390.447 €	17.995.000 €	56.385.447 €

Veränderungen durch Anträge der Fraktionen und Gruppen sind bisher nicht berücksichtigt, da über diese erst abzustimmen und mehrheitlich zu entscheiden ist.

Die Veränderungen durch die Änderungslisten 1 und 2 sind bereits enthalten.

2) Verwaltungshaushalt

Im Jahre 2008 wird die <u>Mindestzuführung</u> von	1,971 Mio. €
in vollem Umfang erreicht	
zusätzlich ist noch eine <u>freie Finanzspanne</u> von vorhanden	<u>2,179 Mio. €</u>
die <u>Gesamt-Zuführung</u> beläuft sich somit auf rd.	<u>4,150 Mio. €</u>

<u>Schlüssel- und Finanzaufweisungen des Staates</u>	<u>5,163 Mio. €</u>
Schlüsselaufweisungen	4.815.000 €
Finanzaufweisungen	348.000 €
<u>Kreisumlage (46 % Hebesatz)</u> (2007: 6,941 Mio. €)	<u>7,022 Mio. €</u>

Steuererhöhungen sind nicht eingeplant.

Gebührenerhöhungen sind ebenfalls nicht eingeplant (Nachkalkulationen erfolgen im April/Mai).

Fazit:

Dieses Ergebnis ist hauptsächlich zurückzuführen auf die Verbesserung der Einkommensteuerbeteiligung sowie auf beachtliche Schlüssel- und Finanzaufweisungen. Diese sind hauptsächlich auf den noch 4 Jahre gültigen Demographiefaktor zurückzuführen.

Ohne Schlüssel- und Finanzaufweisungen des Staates könnte der Verwaltungshaushalt die benötigten Zuführungen an den Vermögenshaushalt nicht erbringen.

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts wären dann über zusätzliche Kreditaufnahmen zu finanzieren.

3) Eckdaten des Verwaltungshaushalts

	Ansatz 2007 €	Ansatz 2008
Zuführung an Vermögenshaushalt	5.060.000	4.150.000
Personalkosten	10.372.541	10.598.430
Gewerbsteuer (Normalansatz 6 - 7 Mio. €)	7.000.000	5.350.000
Grundsteuer	2.165.000	2.265.000
Einkommensteuer	5.300.000	6.500.000
Schlüsselzuweisungen	4.840.900	4.815.000
Kanalbenutzungsgebühren	2.900.000	2.900.000
Gewerbsteuerumlage	1.075.000	560.000
Solidarumlage	210.000	52.000
Kreisumlage	6.942.000	7.022.000
Zinszahlungen (Fremdzinsen)	1.068.900	961.000

Gewerbsteuer-Entwicklung

1997	7.591.108 €	
1998	5.711.816 €	
1999	7.911.477 €	
2000	6.481.391 €	
2001	10.631.902 €	
2002	7.427.587 €	
2003	7.492.282 €	
2004	6.399.964 €	Vorauszahlungen vor dem Einbruch
	3.000.000 €	Ansatz nach dem Einbruch
	1.933.065 €	RE nach weiterem Einbruch
2005	5.276.699 €	Rechnungsergebnis
2006	6.300.483 €	Rechnungsergebnis
2007	7.000.000 €	Haushaltsansatz
	11.663.754 €	Rechnungsergebnis
2008	5.350.000 €	Haushaltsansatz
2009	7.000.000 €	in Finanzplanung
2010	6.000.000 €	in Finanzplanung
2011	5.300.000 €	in Finanzplanung

Entwicklung der Zuführung

Jahr	Zuführung an den Vermögenshaushalt in €	Mindestzuführung €	freie Finanzspanne €
2004 (RE)	- 209.490	1.584.316	- 1.793.806
2005 (RE)	2.639.146	1.661.000	978.146
2006 (RE)	9.137.741	1.817.048	7.320.693
2007 (Ansatz)	5.060.000	1.965.650	3.094.350
2008 (Ansatz)	4.150.000	1.970.650	2.179.350
2009 (Ansatz)	550.000	2.030.650	- 1.480.650
2010 (Ansatz)	4.500.000	2.040.650	2.459.350
<u>2011 (Ansatz)</u>	<u>2.800.000</u>	<u>2.005.650</u>	<u>794.350</u>
<u>2004 - 2011</u>	<u>28.627.397</u>	<u>15.075.614</u>	<u>+ 13.551.783</u>

4) Vermögenshaushalt

Er weist mit rd. 20,55 Mio. € ein Ausgabevolumen aus, welches gerade noch finanziell geschultert werden kann.

Geprägt wird er durch:

- Großmaßnahme Nordtangente
- Sanierung D. Paul-Eber-Schule
- Gestaltung Mainpartie
- Sanierung Bahnhofsumfeld mit Friedrich-Ebert-Straße/Amalienweg/Friedenstraße
- Baukostenzuschuss Sanierung Hallenbad
- Neubau Brücke zur Mondseeinsel
- Kleine Landesgartenschau "Natur in Kitzingen"

Die Kosten gliedern sich wie folgt:

• Baumaßnahmen (Tiefbau 8,45 Mio. €, Hochbau 3,17 Mio. €)	11.622.200 €
• Kredittilgungen (incl. 1.140.600 € Umschuldung)	3.111.250 €
• Vermögenserwerb (Fahrzeuge, Ersatzteile, EDV usw.)	913.350 €
• Grunderwerb (u. a. "Netto")	2.193.000 €
• Investitionszuschüsse (u. a. für Hallenbad, Städtebauförderung)	2.710.400 €

Die Finanzierung erfolgt über:

• Zuführung vom Verwaltungshaushalt	4.150.000 €
• Rücklagenentnahmen	218.350 €
• Herstellungs- u. Erschließungsbeiträge	1.247.400 €
• Zuschüsse von Bund und Land	6.048.350 €
• Beiträge Bund und Land für Nordtangente	800.000 €
• Beiträge Stadt Dettelbach (Gemeindeverbindungsstraße)	100.000 €
• Darlehensaufnahmen (incl. 1.140.600 € Umschuldung)	3.090.600 €
• Veräußerung von Grundstücken und bewegl. Sachen (u. a. "Netto")	4.832.000 €
• Rückflüsse von Darlehen	63.500 €

Die Tilgungsleistungen für den Schuldendienst (ohne Umschuldung) werden voll aus den Mitteln des Verwaltungshaushalts erwirtschaftet. Darüber hinaus bleibt noch eine freie Finanzspanne von rd. 2,18 Mio. €.

Bei Kreditaufnahmen von 1,95 Mio. € werden Tilgungsleistungen (ohne Umschuldung) von rd. 1,97 Mio. € erbracht, so dass sich eine Nettoneuverschuldung von 0 € ergibt.

Aus der Rücklage werden 218.350 € entnommen. Diese wurden bereits 2007 überplanmäßig zugeführt.

An Verkaufserlösen aus der Grundstücksvermarktung sind rd. 4,8 Mio. € veranschlagt.

Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2007 - 2011

Wie alle Zukunftsplanungen enthält das Investitionsprogramm viele Fiktionen und Unsicherheitsfaktoren. Insbesondere wird auf das Risiko-Potential hingewiesen, welches in der Erschließung und Vermarktung der Baugebiete liegt sowie durch die Konversion entsteht.

<u>Volumen 2007 - 2011</u>		<u>74,363 Mio. €</u>
<u>Volumen FiP-Rest (2012 ff)</u>		<u>6,523 Mio. €</u>
<u>Größere Ausgabegruppen:</u>		
2007 - 2011 insges.	Baumaßnahmen	49,365 Mio. €
	Kredittilgungen (incl. Umschuldung)	11,156 Mio. €
	Bayerngrund-Rückzahlungen (Tilgung)	0,700 Mio. €
	Zahlung von Beiträgen der Stadt an sich selbst	1,395 Mio. €
	Erwerb von Grundstücken, Beteiligungen, bewegl. Sachen des Anlagevermögens	4,957 Mio. €
	Baukostenzuschuss der Stadt an Stadtbetriebe (Sanierung Hallenbad)	3,800 Mio. €
	Ausreichung von Zuschüssen/Darlehen	1,453 Mio. €
	Zuführung an Rücklagen	1,537 Mio. €
<u>finanziert durch:</u>	Zuschüsse	25,427 Mio. €
	Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	17,060 Mio. €
	Beiträge	7,481 Mio. €
	Veräußerungserlöse/Rückflüsse von Darlehen	11,579 Mio. €
	Kreditaufnahmen (incl. Umschuldung)	8,971 Mio. €
	Entnahmen aus Rücklagen	1,692 Mio. €
	Beiträge Freistaat/Bund für Nordtangente	2,160 Mio. €

Enthaltene Großprojekte:

- Feuerwehrgerätehaus Repperndorf mit Löschwasser-Zisterne
- Sanierung D. Paul-Eber-Schule
- Anprallschutz Alte Mainbrücke (Kostenbeteiligung Stadt)
- Mainpartie BA II / III
- Generalsanierung Hallenbad (Investitionszuschuss an Stadtbetriebe)
- Nordtangente bis 2011 (danach Restfinanzierung über FiP-Rest)
- Neubau Brücke zur Mondseeinsel
- Abwicklung des Kanal- und Straßenbauprogramms (Breslauer Str., Thomas-Ehemann-Str., Kaltensondheimer Str. usw.)
- Erschließungsmaßnahme Deuster-Areal (vorsorglich)
- Sanierung Schulsportanlagen Deusterpark
- Kleine Gartenschau Natur in der Stadt
- Gemeindeverbindungsstraße Mainsondheim (für Stadt Dettelbach)
- Sanierung Bahnhofsvorplatz sowie Busbahnhof und Park & Ride-Parkplatz
- Friedrich-Ebert-Straße/Friedenstraße/Amalienweg

Nicht enthaltene bzw. erst im FiP-Rest veranschlagte Großprojekte:

- Stadthalle (Finanzierung durch Investor)
- Investitionsansätze für Konversion/ISEK
- Ausbau Kaiserstraße (verkehrsberuhigte Zone)
- Restfinanzierung Nordtangente im FiP-Rest
- Vielzahl verschiedener Kanalbaumaßnahmen
- Vielzahl von Brandschutzmaßnahmen (sehr kostenintensiv)

Stand der Schulden

	lt. FiP 2008 €
<u>Schuldenstand per 01.01.2007</u>	19.961.834
Aufnahme 2007 aus HER 2006 (möglich wäre 1,0 Mio. €)	0
Tilgung 2007 (Rechnungsergebnis)	1.816.616
Verbleibt Ende 2007	18.145.218
+ Bildung HER 2007 (übertragen auf 2008; möglich sind 2,0 Mio. €)	2.000.000
<u>Schuldenstand per 31.12.2007</u> (inkl. HER von 2,0 Mio. €)	20.145.218
Aufnahme 2008 (ohne Umschuldung)	1.950.000
Tilgung 2008 (ohne Umschuldung)	1.970.650
<u>Schuldenstand per 31.12.2008</u> (inkl. HER von 2,0 Mio. €)	20.124.568
Aufnahme 2009	1.550.000
Tilgung 2009	2.030.650
<u>Schuldenstand per 31.12.2009</u>	19.643.918
Aufnahme 2010	1.480.000
Tilgung 2010	2.040.650
<u>Schuldenstand per 31.12.2010</u>	19.083.268
Aufnahme 2011	850.000
Tilgung 2011	2.005.650
Schuldenstand per 31.12.2011	<u>17.927.618</u>

	Kreditaufnahme €	Tilgung €	Nettokreditaufnahme €
*2008	1.950.000	1.970.650	- 20.650
2009	1.550.000	2.030.650	- 480.650
2010	1.480.000	2.040.650	- 560.650
2011	850.000	2.005.650	- 1.155.650
insgesamt	5.830.000	8.047.600	- 2.217.600

*ohne Umschuldung

Nettoneuverschuldung 2007 - 2011 somit **- 2.217.600 €**

Bei dieser Berechnung ist unterstellt, dass die im Jahre 2007 veranschlagte Kreditaufnahme von 2,0 Mio. € in Höhe von 2,0 Mio. € als HER in das Jahr 2008 übertragen wird (näheres ist erst nach Abschlussergebnis des Jahres 2007 bekannt).

Zu beachten ist, dass gegenüber der Finanzplanung die Ausgaben der Jahre 2009 - 2011 durch neue Investitionsausgaben und allgemeine Ausgabensteigerungen von Jahr zu Jahr weiter anwachsen werden. Dies führt zwangsläufig zu entsprechend höheren Kreditaufnahmen als bisher vorgesehen.

Außerdem ist zu beachten, dass die Schuldenberechnung nur bei planmäßiger Abwicklung und Vermarktung der Bau- und Gewerbegebiete aufgeht. Verzögerungen bedingen eine Vorfinanzierung über Kreditaufnahmen oder Finanzierung außerhalb des Haushalts.

Der Kredit bei der Bayerngrund GmbH wurde 2007 vollständig zurückgezahlt (1,8 Mio. €).

Stand der Rücklagen

	lt. FiP 2008 €
<u>Rücklagenstand per 31.12.2006</u>	3.162.152
Zuführung 2007 (Ansatz 20.700 €),	20.700
weitere Zuführung in 2007 mindestens	218.350
<u>Rücklagenstand per 31.12.2007</u>	3.401.202
Entnahme 2008 rd.	218.350
<u>Rücklagenstand per 31.12.2008</u>	3.182.852
Entnahme 2009 rd.	1.473.800
<u>Rücklagenstand per 31.12.2009</u>	1.709.052
Zuführung 2010 rd.	1.515.900
<u>Rücklagenstand per 31.12.2010</u>	3.224.952
Zuführung 2011	3.700
<u>Rücklagenstand per 31.12.2011</u>	<u>3.228.652</u>
Mindestrücklage z. Zt. rd.	<u>332.000</u>
Entnahmen 2007 bis 2011	1.692.150
Zuführungen 2007 bis 2011	1.758.650
Saldo - verbleibende Zuführung	<u>66.500</u>

Zu beachten ist, dass gegenüber der Finanzplanung die Ausgaben der Jahre 2009 - 2011 durch neue Investitionsausgaben und allgemeine Ausgabensteigerungen von Jahr zu Jahr weiter anwachsen können. Neben höheren Kreditaufnahmen führt dies dann zu höheren Rücklagenentnahmen.

Außerdem ist zu beachten, dass die Rücklagenrechnung nur aufgeht bei planmäßiger Abwicklung der Bau- und Gewerbegebiete. Verzögerungen bedingen vorläufig verstärkte Rücklagenentnahmen, Schuldenaufnahmen oder Finanzierung außerhalb des Haushalts.

Sollte sich beim Jahresabschluss 2007 ein weiterer Überschuss ergeben, wird er zusätzlich der Rücklage zugeführt.

Analyse der Finanzsituation der Stadt

1) Aktuelle Situation des Jahres 2008

Für das Jahr 2008 werden die gesteckten Ziele im Haushaltsplan-Entwurf erreicht:

- keine Steuererhöhungen
- Erwirtschaftung der Mindestzuführung (1,97 Mio. €) sowie darüber hinaus einer freien Finanzspanne (2,18 Mio. €)
- Nettoneuverschuldung 0

Der Vermögenshaushalt weist mit rd. 20,55 Mio. € ein Ausgabevolumen aus, welches gerade noch finanziert werden kann.

2) Das Jahr 2009 entwickelt sich zum Problemjahr, da hier die hohe Gewerbesteuereinnahme des Jahres 2007 zu verkraften ist (hohe Kreisumlage und niedrige Schlüsselzuweisungen bei durchschnittlicher Gewerbesteuer). Die Zuführung zum Vermögenshaushalt wird um rd. 1,5 Mio. € verfehlt und durch eine Rücklagenentnahme in dieser Höhe ersetzt.

3) Das Jahr 2010 erwirtschaftet neben der Mindestzuführung eine freie Finanzspanne, die es ermöglicht, eine Rücklagenzuführung in Höhe der letztjährigen Entnahme durchzuführen.

4) Das Jahr 2011 erwirtschaftet neben der Mindestzuführung noch eine kleine freie Finanzspanne. Es ist im Investitionsbereich reduziert wegen der Durchführung der "Natur in der Stadt".

5) Risiken für die Jahre 2008 - 2011

- Gehen die geplanten Verkaufserlöse aus der Grundstücksvermarktung ein?
- Wie entwickeln sich die Verwaltungshaushalte (Steuern, Schlüsselzuweisungen, Gewinne Stadtbetriebe GmbH) und damit die Zuführungen?
- Wie entwickeln sich die Investitionszuschüsse des Staates?
- Was muss zusätzlich in das Investitionsprogramm aufgenommen werden (Verschieben von HAR)?

Handlungsempfehlung

- 1) Investitionsprogramm 2008 - 2010 (50 Mio. €)
 - Finanzierung mit Risiken behaftet
 - nur durch einen finanziellen Kraftakt zu schultern
 - müsste eigentlich ohne den Fixpunkt "Natur in der Stadt" zum Teil in die Jahre 2011/2012 verschoben werden

- 2) Fraktionen und Gruppen haben darüber hinaus eine Vielzahl von Anträgen vorgelegt, die bei ihrer Verwirklichung
 - erhebliche Mehrausgaben bringen
 - erhebliche Mindereinnahmen verursachen

- 3) Wie ist dies zu finanzieren?
 - Durch Streichung und Verschiebung von Maßnahmen der Jahre 2008 - 2010
Aber welche Maßnahmen sollen dies sein?

 - Durch höhere Kreditaufnahmen oder Rücklagenentnahmen?
Im Hinblick auf die ohnehin vorhandenen Risiken ist dies aus der Sicht der Finanzverwaltung nicht der richtige Weg.

- 4) Es sollte vielmehr versucht werden, in den nächsten Jahren
 - weiterhin konsequent den Haushalt zu konsolidieren
 - die Rücklagen aufzustocken
 - einen Verschuldungsspielraum zu erhalten

Schlussfeststellungen

1. Die Finanzlage der Stadt ist geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist gegeben
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2011 ist in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig

Verpflichtungsermächtigungen für den Haushalt 2008

Verpflichtungsermächtigungen berechtigen dazu, Verpflichtungen einzugehen, die nicht in diesem Haushalt, sondern erst in den folgenden Haushaltsjahren kassenwirksam werden.

Verpflichtungsermächtigungen ermöglichen also das zeitgerechte Vergeben von Aufträgen zu Lasten kommender Haushaltsjahre.

HSt.	Gesamter- mächtigung €	Finanzplanungsjahre		
		2009 €	2010 €	2011 €
1300 9452	375.000	325.000	50.000	0
2121 9451	3.255.000	2.955.000	300.000	0
3651 9588	600.000	550.000	50.000	0
3651 9589	270.000	150.000	120.000	0
5900 9581	200.000	200.000	0	0
6309 9501	4.000.000	4.000.000	0	0
6322 9502	180.000	180.000	0	0
6322 9580	100.000	100.000	0	0
6402 9505	130.000	130.000	0	0
6402 9506	200.000	100.000	100.000	0
6402 9507	290.000	150.000	140.000	0
6481 9510	110.000	110.000	0	0
7104 9506	160.000	160.000	0	0
7104 9508	125.000	125.000	0	0
	9.995.000	9.235.000	760.000	0

<u>nachrichtlich:</u>	€ 2008	€ 2009	€ 2010	€ 2011
Kreditaufnahmen	1.950.000	1.550.000	1.480.000	850.000

Kitzingen, 20.02.2008
Finanzverwaltung



Rodamer
Stadtkämmerer